

**Gesetz  
zur Förderung von Kleinunternehmern  
und zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung  
(Kleinunternehmerförderungsgesetz)**

Vom 31. Juli 2003

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht	Artikel
Änderung des Einkommensteuergesetzes	1
Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 2000	2
Änderung des Gewerbesteuergesetzes	3
Änderung der Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung	4
Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1999	5
Änderung der Abgabenordnung	6
Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung	7
Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch	8
Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang	9
Inkrafttreten	10

**Artikel 1**

**Änderung des Einkommensteuergesetzes**

Das Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4210, 2003 I S. 179), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Mai 2003 (BGBl. I S. 660), wird wie folgt geändert:

1. § 7g Abs. 2 Nr. 3 wird wie folgt gefasst:
 

„3. für die Anschaffung oder Herstellung eine Rücklage nach den Absätzen 3 bis 7 gebildet worden ist. Dies gilt nicht bei Existenzgründern im Sinne des Absatzes 7 für das Wirtschaftsjahr, in dem mit der Betriebseröffnung begonnen wird.“
2. In § 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchstabe b Satz 1 wird die Angabe „260 000 Euro“ durch die Angabe „350 000 Euro“ und die Angabe „25 000 Euro“ durch die Angabe „30 000 Euro“ ersetzt.
3. § 32b Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a wird wie folgt gefasst:
 

„1. a) Arbeitslosengeld, Teilarbeitslosengeld, Zuschüsse zum Arbeitsentgelt, Kurzarbeitergeld, Winterausfallgeld, Insolvenzgeld, Arbeitslosen-

hilfe, Übergangsgeld, Altersübergangsgeld, Altersübergangsgeld-Ausgleichsbetrag, Unterhaltsgeld als Zuschuss, Eingliederungshilfe nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch oder dem Arbeitsförderungsgesetz, das aus dem Europäischen Sozialfonds finanzierte Unterhaltsgeld sowie Leistungen nach § 10 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, die dem Lebensunterhalt dienen.“

4. § 52 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 23 wird wie folgt gefasst:

„(23) § 7g Abs. 2 Nr. 3 Satz 2 ist erstmals für Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2002 beginnen. § 7g Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 sind vorbehaltlich des Satzes 3 erstmals für Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2000 beginnen. Bei Rücklagen, die in vor dem 1. Januar 2001 beginnenden Wirtschaftsjahren gebildet worden sind, ist § 7g Abs. 1 bis 8 in der Fassung des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2601) weiter anzuwenden.“

b) Dem Absatz 37a wird folgender Satz angefügt:

„§ 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchstabe b Satz 1 in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 31. Juli 2003 (BGBl. I S. 1550) ist erstmals ab dem Veranlagungszeitraum 2004 anzuwenden.“

**Artikel 2**

**Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 2000**

Die Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 2000 in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Mai 2000 (BGBl. I S. 717), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. September 2002 (BGBl. I S. 3651), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 60 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Wird der Gewinn nach § 4 Abs. 3 des Gesetzes durch den Überschuss der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben ermittelt, ist der Steuererklärung eine Gewinnermittlung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck beizufügen.“

2. § 84 Abs. 3c wird wie folgt gefasst:

„(3c) § 60 Abs. 4 ist erstmals für das Wirtschaftsjahr anzuwenden, das nach dem 31. Dezember 2003 beginnt.“

### Artikel 3

#### Änderung des Gewerbsteuergesetzes

In § 35c Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe e des Gewerbe-  
steuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom  
15. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4167), das durch Artikel 4 des  
Gesetzes vom 16. Mai 2003 (BGBl. I S. 660) geändert wor-  
den ist, werden nach dem Wort „Aktivposten“ und vor  
dem anschließenden Komma die Wörter „und bei Ge-  
werbebetrieben, die nachweislich ausschließlich unmittel-  
bar oder mittelbar Kredite oder Kreditrisiken, die einem  
Kreditinstitut oder einem in § 3 Nr. 2 genannten Gewerbe-  
betrieb aus Bankgeschäften entstanden sind, erwerben  
und Schuldtitel zur Refinanzierung des Kaufpreises für  
den Erwerb solcher Kredite oder zur Refinanzierung von  
für die Risikoübernahmen zu stellenden Sicherheiten aus-  
geben“ eingefügt.

### Artikel 4

#### Änderung der Gewerbe- steuer- Durchführungsverordnung

§ 19 Abs. 3 der Gewerbe-  
steuer-Durchführungsverord-  
nung in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Okto-  
ber 2002 (BGBl. I S. 4180), die durch Artikel 5 des Geset-  
zes vom 16. Mai 2003 (BGBl. I S. 660) geändert worden ist,  
wird wie folgt gefasst:

„(3) Die vorstehenden Bestimmungen gelten entspre-  
chend

1. für Pfandleiher im Sinne der Pfandleiherverordnung in  
der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juni 1976  
(BGBl. I S. 1334), zuletzt geändert durch die Verord-  
nung vom 14. November 2001 (BGBl. I S. 3073);
2. für Gewerbebetriebe, die nachweislich ausschließlich  
unmittelbar oder mittelbar Kredite oder Kreditrisiken  
aus Bankgeschäften im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2  
Nr. 2, 3 und 8 des Kreditwesengesetzes in der Fassung  
der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I  
S. 2776), das zuletzt durch Artikel 3 Abs. 3 des Geset-  
zes vom 22. August 2002 (BGBl. I S. 3387) geändert  
worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, von Kre-  
ditinstituten im Sinne des § 1 des Kreditwesengesetzes  
oder von in § 3 Nr. 2 des Gesetzes genannten Ge-  
werbebetrieben erwerben und Schuldtitel zur Refinan-  
zierung des Kaufpreises für den Erwerb solcher Kredite  
oder zur Refinanzierung von für die Risikoübernahmen  
zu stellenden Sicherheiten ausgeben; die Refinanzie-  
rung durch Aufnahme von Darlehen von Gewerbe-  
betrieben im Sinne der Nummer 3 an der Stelle der  
Ausgabe von Schuldtiteln ist unschädlich; oder
3. für Gewerbebetriebe, die nachweislich ausschließlich  
Schuldtitel bezogen auf die in Nummer 2 bezeichneten  
Kredite oder Kreditrisiken ausgeben und an Gewerbe-  
betriebe im Sinne der Nummer 2 Darlehen gewähren.“

### Artikel 5

#### Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1999

In § 19 Abs. 1 Satz 1 des Umsatzsteuergesetzes 1999 in  
der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juni 1999  
(BGBl. I S. 1270), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes  
vom 16. Mai 2003 (BGBl. I S. 660) geändert worden ist,  
wird die Angabe „16 620 Euro“ durch die Angabe „17 500  
Euro“ ersetzt.

### Artikel 6

#### Änderung der Abgabenordnung

§ 141 Abs. 1 der Abgabenordnung in der Fassung der  
Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866,  
2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom  
16. Mai 2003 (BGBl. I S. 660) geändert worden ist, wird wie  
folgt geändert:

1. In Nummer 1 wird die Angabe „260 000 Euro“ durch die  
Angabe „350 000 Euro“ ersetzt.
2. In Nummer 3 wird die Angabe „20 500 Euro“ durch die  
Angabe „25 000 Euro“ ersetzt.
3. In Nummer 4 wird die Angabe „25 000 Euro“ durch die  
Angabe „30 000 Euro“ ersetzt.
4. In Nummer 5 wird die Angabe „25 000 Euro“ durch die  
Angabe „30 000 Euro“ ersetzt.

### Artikel 7

#### Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung

Artikel 97 § 19 des Einführungsgesetzes zur Abgaben-  
ordnung vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341, 1977 I  
S. 667), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom  
16. Mai 2003 (BGBl. I S. 660) geändert worden ist, wird wie  
folgt gefasst:

#### „§ 19

(1) § 141 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 der Abgabenordnung in der  
Fassung des Artikels 6 des Gesetzes vom 31. Juli 2003  
(BGBl. I S. 1550) ist auf Umsätze der Kalenderjahre anzu-  
wenden, die nach dem 31. Dezember 2003 beginnen.

(2) § 141 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 der Abgabenordnung in der  
Fassung des Artikels 6 des Gesetzes vom 31. Juli 2003  
(BGBl. I S. 1550) ist für Feststellungen anzuwenden, die  
nach dem 31. Dezember 2003 getroffen werden.

(3) § 141 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 der Abgabenordnung in der  
Fassung des Artikels 6 des Gesetzes vom 31. Juli 2003  
(BGBl. I S. 1550) ist auf Gewinne der Wirtschaftsjahre  
anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2003 beginnen.

(4) § 141 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 der Abgabenordnung in der  
Fassung des Artikels 6 des Gesetzes vom 31. Juli 2003  
(BGBl. I S. 1550) ist auf Gewinne der Kalenderjahre anzu-  
wenden, die nach dem 31. Dezember 2003 beginnen.

(5) Eine Mitteilung über den Beginn der Buchführungs-  
pflicht ergeht nicht, wenn die Voraussetzungen des § 141  
Abs. 1 der Abgabenordnung für Kalenderjahre, die vor  
dem 1. Januar 2004 liegen, erfüllt sind, jedoch nicht die  
Voraussetzungen des § 141 Abs. 1 der Abgabenordnung  
in der Fassung des Gesetzes vom 31. Juli 2003 (BGBl. I

S. 1550) im Kalenderjahr 2004. Entsprechendes gilt für Feststellungen, die vor dem 1. Januar 2004 getroffen werden, oder für Wirtschaftsjahre, die vor dem 1. Januar 2004 enden.“

#### **Artikel 8**

##### **Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch**

§ 421l Abs. 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Juli 2003 (BGBl. I S. 1526) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 2 Nr. 2 wird das Wort „und“ gestrichen und durch einen Punkt ersetzt.

2. Satz 2 Nr. 3 wird aufgehoben.

#### **Artikel 9**

##### **Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang**

Die auf den Artikeln 2 und 4 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigungen durch Rechtsverordnung geändert werden.

#### **Artikel 10**

##### **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2003 in Kraft.

---

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 31. Juli 2003

Für den Bundespräsidenten  
Der Präsident des Bundesrates  
Böhmer

Der Bundeskanzler  
Gerhard Schröder

Der Bundesminister der Finanzen  
Hans Eichel